

# Niederschrift

## über die Sitzung



Sitzungs-Nr.: **Schul/003/25-30**  
Sitzungs-Tag: **06.05.2026**  
Sitzungs-Ort: **Brakel, Am Markt 6, Sitzungssaal  
"Alte Waage"**  
  
Beginn der Sitzung: **18:00 Uhr**  
Ende der Sitzung: **19:32 Uhr**

### **Vorsitzende:**

Montino, Ann-Kristin

### **CDU:**

Blömer, Dominik, Dr.

Eggers, Patrick

Gienger, Maximilian

Grewe, Ursula

Krömeke, Markus

Wellsow, Viola

in Vertretung für Dirk Löneke

in Vertretung für Sebastian Averkamp

### **AfD**

Gäse, Michael

Steinhage, Georg

### **SPD:**

Lüpkes, Claus

Robrecht, Jutta

### **UWG/CWG:**

Klages, Michael

### **Liste Zukunft:**

Bobbert, Johannes

in Vertretung für Stefan Heilemann

### **Beratende Mitglieder in Schulangelegenheiten:**

Koch, Matthias, Dr.

Walle, Volker

### **Von der Behördenleitung nehmen teil:**

Oesselke, Andreas

### **Von der Verwaltung nehmen teil:**

Bröker, Ninja

Gönnewicht, Benedikt

<b>Tagesordnung</b>		Drucksache Nr.
<b>Öffentliche Sitzung</b>		
<b>1. Überblick über die Angebote in der Jugendfreizeitstätte</b> Ninja Bröker		0219/202 5-2030
<b>2. Ferienprogramm 2026</b> Ninja Bröker		0220/202 5-2030
<b>3. Umsetzung des Ganztagsanspruches in der Grundschule ab 2028</b> Benedikt Gönnewicht		0207/202 5-2030
<b>4. Antrag SPD Fraktion: Prüfung der Übereinstimmung von Busfahrplänen und Öffnungszeiten der offenen Ganztagschule sowie der Schülerbeförderung</b> Benedikt Gönnewicht		0238/202 5-2030
<b>5. Bekanntgaben der Verwaltung</b>		
<b>5.1. Verkehrsversuch Schulstraße</b>		
<b>5.2. Anmeldezahlen Sek. I</b>		
<b>5.3. Presseartikel über Zusammenarbeit Sekundarschule Bad Driburg und Gesamtschule Brakel</b>		

Die Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Zuhörer und die Sitzungsteilnehmer.

Zu **Form und Frist** der Einladung ergeben sich keine Bedenken.

Anschließend stellt sie die **Beschlussfähigkeit** fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist die Ausschussvorsitzende auf die Verpflichtung der anwesenden beratenden Mitglieder Herr Pfarrer Walle und Herr Dr. Koch hin. Hierzu stehen alle Sitzungsteilnehmer auf und die Ausschussvorsitzende spricht die Verpflichtungsformel vor, die von den beratenden Mitgliedern wiederholt wird.

Die Tagesordnung wird darauf hin wie folgt erledigt:

# Öffentliche Sitzung

## 1. Überblick über die Angebote in der Jugendfreizeitstätte

Ninja Bröker

0219/202  
5-2030

Die **Ausschussvorsitzende Montino** gibt das Wort an die Leitung der Jugendfreizeitstätte, Frau **Ninja Bröker**. Diese stellt anhand der beigegeführten Präsentation die Arbeit der Einrichtung vor.

Nach dem Vortrag ergeben sich einige Fragen.

**Ratsherr Gäse** erkundigt sich, wie das erlaubte Mindestalter (ab 5. Klasse) für die „Zocker-Ecke“ kontrolliert wird. Ebenfalls merkt er an, dass das Höchstalter der Besuchenden von 27 Jahren im Vergleich zu den jüngsten Besuchern der Jugendfreizeitstätte einem sehr hohen Altersunterschied entspricht. Er fragt wie das Zusammenspiel mit dem Altersunterschied funktioniert. **Frau Bröker** antwortet, dass keine direkte Kontrolle erfolgt und die Nutzung auf Vertrauensbasis läuft. Die Kinder kennen sich gegenseitig und achten untereinander auf das Mindestalter für die Nutzung der „Zocker-Ecke“. Dieses lässt sich zudem über den Besuch einer weiterführenden Schule ableiten. Ferner erklärt sie, dass die Älteren meistens mehr Zeit für sich wollen, weshalb diese häufig erst gegen Spätnachmittag in die Einrichtung kommen. Zudem gibt es aber auch genügend Räume, indem sich die einzelnen Altersgruppen zurückziehen können.

**Ratsherr Eggers** thematisiert den Zustand der außerhalb des Gebäudes liegenden Kletterwand. Er fragt, ob dort in Zukunft Umbauprojekte geplant sind. **Frau Bröker** erläutert, dass die Kletterwand den Witterungsbedingungen ausgesetzt ist, was optische Spuren hinterlässt. Dies habe allerdings keinen negativen Einfluss auf die Nutzung, weshalb hier erstmal keine Arbeiten geplant sind. Die Klettergurte und Seile zur Sicherung werden im Gebäude gelagert um diese möglichst langlebig nutzen zu können. **Frau Bröker** merkt an, dass für die Nutzung geschultes Personal notwendig ist, weshalb die Nutzung dann eher in den Ferien erfolgt.

**Ratsherr Eggers** gibt einen Hinweis auf eine mögliche Kooperation mit dem Alpenverein Sektion Weserland und verweist auf den Vorsitzenden Markus Schrader.

**Ratsfrau Robrecht** bedankt sich für den Vortrag und erkundigt sich ob es ein Auswahlverfahren für die Platzvergabe in der Übermittagsbetreuung gibt, worauf **Frau Bröker** sagt, dass es aufgrund der momentan herrschenden Fluktuation keine Warteliste gibt. Alle angemeldeten Kinder erhalten einen Platz in der Übermittagsbetreuung.

**Ratsfrau Robrecht** thematisiert die Problematik der Kosten für einige Familien und fragt, ob der zu zahlende Betrag durch das Bildungspaket abgedeckt ist. **Frau Bröker** erklärt, dass nur der Essensbetrag von 4,50 € förderfähig sei.

Die **Ausschussvorsitzende Montino** erkundigt sich, welche Altersgruppe in der Einrichtung am stärksten vertreten ist. **Frau Bröker** erläutert, dass überwiegend Grundschulkinder die Einrichtung besuchen, da sie im Alltag über die meiste freie Zeit verfügen.

## 2. Ferienprogramm 2026

Ninja Bröker

0220/202  
5-2030

**Frau Bröker** fährt mit dem Ferienprogramm 2026 fort. Anhand der beigefügten Präsentation stellt sie das Ferien- und Gästeprogramm 2026 vor. Im Zuge dessen bedankt Frau Bröker sich bei allen, die das Ferienprogramm mitgestalten. Zusätzlich hat die Jugendfreizeitstätte dieses Jahr 40 -jähriges Jubiläum, was am 11.07.2026 gefeiert werden soll.

Auf die Frage der **Ausschussvorsitzenden Montino**, wer an dem Programm teilnimmt und ob es einen Unterschied der Anmeldungen zu den kostenpflichtigen Fahrten und den kostenlosen oder kostengünstigeren Programmpunkten hier vor Ort gibt, antwortet **Frau Bröker**, dass die Anmeldungen durchmisch sind.

**Ratsherr Gäse** gibt eine Anregung für das Programm im nächsten Jahr: man sollte die Handwerkerbetriebe ansprechen und eine Beteiligung anfragen, sodass die Kinder und Jugendlichen sich in den Betrieben umschauen und etwas lernen können. **Frau Bröker** antwortet, dass dies mit aufgenommen wird. Allerdings wurde dieses Jahr erstmalig eine offene Ausschreibung für die Beteiligung am Ferienprogramm veröffentlicht, worauf sich alle Firmen hätten melden können, wenn Interesse besteht.

**Ausschussvorsitzende Montino** bedankt sich bei der Berichterstatterin Frau Bröker.

## 3. Umsetzung des Ganztagsanspruches in der Grundschule ab 2028

Benedikt Gönnewicht

0207/202  
5-2030

Die **Ausschussvorsitzende Montino** gibt das Wort an **Herr Gönnewicht**, der die Umsetzung des Ganztagsanspruches in der Grundschule ab 2028 anhand der Vorlage erläutert.

**Herr Gönnewicht** teilt mit, dass der symbolische Spatenstich für den Neubau bereits erfolgt ist und übergangsweise bis zur Fertigstellung der Altbau genutzt wird. Trotzdem müsste man auch für 2028 bereits vorausplanen und deshalb zukunftsversiert denken und handeln. Die Prognose besagt, dass die Schülerzahlen im Ganztage immer mehr steigen werden, weshalb auch der Neubau für die Zukunft nicht ausreichen wird.

**Frau Kossmann** ergänzt, dass vor diesem Hintergrund zusätzliche Umbaumaßnahmen im Gebäudebestand erforderlich sind. Um eine fundierte Entscheidungsgrundlage für die weitere Entwicklung zu schaffen, wurde parallel dazu durch die Verwaltung eine Fachfirma mit der Erstellung einer technischen Analyse (Technische Due Diligence – TDD) sämtlicher Gebäudeteile beauftragt. Ziel dieser Untersuchung ist es, unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten die Machbarkeit von Baumaßnahmen zu bewerten, sowie einen strategischen Sanierungsfahrplan zu entwickeln. Weiterhin erfolgt derzeit durch ein beauftragtes Fachbüro ein Abgleich der Flächenbedarfe und Raumordnungen mit den örtlichen Gegebenheiten gemäß den Empfehlungen der Montag-Stiftung. Die Analyse sowie der Flächenabgleich dienen als Grundlage für die Definition von zielgerichteten Maßnahmen und zur Festlegung zeitlicher Priorisierungen.

Die Ergebnisse hierzu werden dem Schul- und Sozialausschuss am 08.07.2026, sowie dem Bauausschuss am 09.07.2026 zur Beratung und Beschlussfassung, vorgestellt.

Es ergeben sich keine weiteren Fragen.

**4. Antrag SPD Fraktion: Prüfung der Übereinstimmung von Busfahrplänen und Öffnungszeiten der offenen Ganztagschule sowie der Schülerbeförderung**

0238/202  
5-2030

Benedikt Gönnewicht

Die **Ausschussvorsitzende Montino** gibt das Wort an **Ratsfrau Robrecht**. Diese ergänzt zu der Vorlage, dass das Thema schon länger von einigen betroffenen Eltern bemängelt wurde und die Gesetzesvorgaben geprüft werden müssen, ob diese zeitgemäß sind. Sie sieht es kritisch, dass Schüler im Grundschulalter im Regen 2 Km mit einer schweren Tasche zu Fuß zur Schule gehen sollen. Nicht alle Familien und gerade Alleinerziehende die ihre Kinder gerne unterstützen würden, können sich die Busfahrkarten leisten. Des Weiteren weist Ratsfrau Robrecht auf die Problematik mit den Busfahrzeiten in der Ferienzeit hin. Die Kinder müssen oft lange warten, da die Busfahrzeiten nicht mit den Zeiten der Ferienbetreuung übereinstimmen. Sie ist der Meinung, dass wenn schon das Konzept einer „Schulstraße“ besteht auch ein Konzept für die öffentlichen Verkehrsmittel erstellt werden sollte.

Die SPD wünscht sich zu dem Antrag eine gemeinsame Diskussionsrunde im Ausschuss.

**Herr Gönnewicht** erklärt, dass im Rahmen der Schülerbeförderung im ÖPNV jährlich zum Schuljahresbeginn frühzeitig mit den Beteiligten von HochstiftBewegt der Nahverkehrsgesellschaft Hochstift mbH (NVH), dem Verkehrsunternehmen Risse Reisen und den Schulen im Stadtgebiet Brakel die Fahrpläne zu den Anfangs- und Endzeiten der Schulen besprochen und abgestimmt werden. Der Termin fand am 05. Mai 2026 statt. Dort wurde festgestellt, dass neue Bedarfe dazu kommen, die im Nachgang von dem Busunternehmen geprüft werden. Zu der Ausgabe der Fahrkarten lässt sich sagen, dass die Verwaltung die gesetzliche Vorgabe (Schülerfahrtkostenverordnung) hält und diese eine Strecke von 2km Schulweg als angemessen ansieht. Zu jeglichem Mehraufwand über diese Regelung hinaus kann in der zurzeit angespannten Haushaltsituation keine Unterstützung und Durchführung erfolgen. Herr Gönnewicht erfragt zu dem Antrag der SPD nach einem konkreteren Konzept-Vorschlag.

Auch **Herr Oesselke** fragt wie die SPD sich die Finanzierung des Antrags vorstellt, da im Antrag nicht auf eine Kostendeckung eingegangen wurde. Wenn alle Kinder zukünftig eine Fahrkarte erhalten sollen, wäre dies ein monatlicher Mehraufwand von 46.000 Euro. Um unnötigen Verwaltungsaufwand zu verhindern, sind seitens der Politik konkretere Vorgaben erforderlich

**Ratsfrau Robrecht** sieht einer Mitarbeit positiv entgegen.

**Ratsherr Dr. Blömer** teilt mit, dass sich die CDU-Fraktion ebenfalls mit dieser Thematik befasst hat. Aus seiner Sicht wird es bei jeglicher Art der Unterstützung zu Ungleichbehandlungen kommen. Es gibt dafür gesetzliche Regelungen und an diese sollte sich gehalten werden. Er ergänzt, dass 2 Km Schulweg durchaus zumutbar sind und gegebenenfalls eine Einzelfallprüfung denkbar wäre.

**Ausschussvorsitzende Montino** erkundigt sich nach dem tatsächlichen Bedarf und gibt an, dass die Fallzahlen geprüft werden müssen, sowie tatsächliche Kosten ermittelt werden sollten.

**Ratsfrau Wellsov** sagt, dass Studien zeigen, dass Laufen entspannt und sehr gut für die Kinder ist. Sie weist auf die sogenannten „Walking-Busse“ hin, die unter anderem für Gemeinschaft und Sicherheit beim gemeinsamen Fußweg zur Schule sorgen.

**Ratsfrau Robrecht** meint das auch bei „Walking-Bussen“ nicht alle Kinder in der Gemeinschaft akzeptiert und somit ausgegrenzt werden könnten.

**Ratsherr Gäse** ergänzt, dass Fahrkarten für alle Kinder und nahe gelegene Bushaltestellen in der Kernstadt dem auf dem Dorf wohnenden Kindern gegenüber unfair wären. Die Kinder auf den Ortschaften haben zwar eine Fahrkarte, allerdings muss man hier häufig längere Strecken bis zur nächsten Bushaltestelle gehen.

**Ratsherr Dr. Blömer** ist der Meinung, dass auch durch die Regelung der Busfahrkarten für alle, die sozial schwachen oder benachteiligten Familien nicht stärker etabliert werden.

**Ratsfrau Robrecht** meint, dass man auch bei geringen Fallzahlen die Möglichkeiten von finanzieller Unterstützung leisten sollte. Sie fragt, ob die Möglichkeit besteht, dass Familien bei Bedarf einen Antrag auf Busfahrkarten stellen können und dafür finanzielle Unterstützung seitens der Verwaltung erhalten. Sie merkt außerdem an, dass die Problematik weitere Folgen hat, da einige Busfahrer aus Mitleid die Kinder ohne Fahrkarte kostenlos mitnehmen und sich damit nicht an ihre arbeitsvertraglichen Pflichten halten.

Das **beratende Mitglied Herr Koch** bringt ein, dass es für die Kommunen die Möglichkeit gäbe das Deutschlandticket mit 20 € zu bezuschussen. Dieses hätte der Kreis Höxter jedoch aufgrund zu niedriger Nachfrage abgelehnt.

**Herr Oesselke** betont, dass die Ausführungen des Herrn Koch sich aber nicht auf die im Antrag der SPD bezogenen Grundschüler, sondern auf die Mittelstufe bezieht, womit die Problematik weiterhin im Raum steht.

**Ausschussvorsitzende Montino** sagt, dass die Bedarfe klarer gefasst werden müssen und der Rahmen sowie eine Bedarfsabfrage erfolgen sollte.

**Herr Heger** ergänzt, dass das Deutschlandticket als das am günstigsten angebotene Ticket gilt. Die Vorgaben der gesetzlichen Regelungen zu den Fahrkarten müssen eingehalten werden, was bei den städtischen Regelungen der Fall ist. Sollte eine neue Regelung geschlossen werden, die beinhaltet, dass alle Kinder eine Fahrkarte bekommen, werden die fahrenden Busse immer voller. Mehr Busse anzubieten ist von den Busunternehmen wegen fehlender Kapazitäten nicht leistbar. Es gibt zudem Ausnahmen bei „gefährlichen“ Schulwegen (zum Beispiel Gehwege ohne Beleuchtung), hierfür gibt es dann im Einzelfall Entschädigungen.

**Ratsfrau Robrecht** schlägt eine Bezuschussung der Fahrkarte für jedes Kind mit 10€ vor, worauf **Herr Gönnewicht** fragt, wo die Grenze der Regelung bzw. die konkreten Kriterien für die Prüfung liegen sollen. Er fragt in diesem Zusammenhang bei Herrn Heger an, wie die Anzahl der Beschwerden über das besagte Thema bei ihm sind, worauf **Herr Heger** antwortet, dass es einige Anfragen zu dem Thema gibt, welche sich aber weniger als Beschwerde filtern lassen. Solche Nachfragen treten so ca. 3–4-mal im Jahr auf. In diesen Fällen geht Herr Heger auf Wunsch mit den anfragenden Personen den festgelegten Schulweg ab und protokolliert diesen anhand eines Messprotokolls.

**Ratsfrau Robrecht** erfragt wie es mit einer Bezuschussung von 20€ aussieht, worauf **Herr Gönnewicht** antwortet, dass dies seitens der Verwaltung geprüft und entsprechend nachgereicht wird.

#### **Beschluss:**

Der Antrag der SPD wird zur Kenntnis genommen.

Der Schul- und Sozialausschuss beschließt **einstimmig**, dass das genannte Abstimmungsgespräch abgewartet werden soll, wovon das Ergebnis im Nachhinein im Ausschuss bekannt gegeben wird. Bis dahin und darüber hinaus werden die gesetzlichen Vorgaben der Schülerfahrtkostenverordnung beibehalten.

### **5. Bekanntgaben der Verwaltung**

#### **5.1. Verkehrsversuch Schulstraße**

Anschließend gibt die **Ausschussvorsitzende Montino** das Wort an Herrn **Gönnewicht**, der als Bekanntgabe der Verwaltung einen Einblick zum Verkehrsversuch „Schulstraße“ in der Klöckerstraße gibt. Aus Rückmeldungen der Schule und der Polizei lässt sich nach drei Monaten sagen, dass sich fast alle Verkehrsteilnehmer an die Regeln halten und es zu 90 % positive Rückmeldungen gibt. Der Versuch zeigt klare Ergebnisse, unter anderem, dass die vorher 60-70 Elterntaxis jetzt stark reduziert wurden und viel mehr Roller und Fahrräder von den Kindern genutzt werden. Die eingerichteten „Kiss and Drop Zonen“ wurden ebenfalls ausgewertet, wobei sich herausstellt, dass die meist genutzte der Nahkauf Parkplatz ist. Nach Rücksprache mit dem Filialleiter Herr Steffen Saggel ist die Nutzung des Parkplatzes kein Problem, sondern eher positiv für das Geschäft.

#### **5.2. Anmeldezahlen Sek. I**

Die **Ausschussvorsitzende Montino** gibt das Wort an Herrn **Heger**. Dieser stellt die Anmeldezahlen der Sekundarstufe I der weiterführenden Schulen im Stadtgebiet Brakel anhand der beigefügten Statistik vor.

#### **5.3. Presseartikel über Zusammenarbeit Sekundarschule Bad Driburg und Gesamtschule Brakel**

**Herr Gönnewicht** geht auf einen am 04. Mai in den lokalen Zeitungen erschienen Bericht mit dem Titel „Sekundarschule kooperiert mit Gesamtschule“ ein. Hierzu teilt er mit, dass die darin getroffenen Aussagen nicht ganz richtig sind. Bis jetzt ist keine Vereinbarung zwischen den Trägern der Schulen geschlossen worden. Grundsätzlich sieht die Stadt Brakel eine Kooperation der beiden Schulen positiv, der Termin zur Besprechung der Vereinbarung ist noch in Planung. Der Schul- und Sozialausschuss wird informiert, sobald die Vereinbarung geschlossen wurde.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht. Mit einem Dank an die Teilnehmer schließt die **Ausschussvorsitzende Montino** die Sitzung.

Ann-Kristin Montino  
(Ausschussvorsitzende)

Johanna Menne  
(Schriftführerin)